



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Erkenntnisse aus dem Abschlussbericht des US-Sonderunterausschusses zur Coronavirus-Pandemie und Konsequenzen für die Schweiz

Warum der Abschlussbericht¹ für die Schweiz relevant ist

Die Erfahrungen der sog. COVID-19-Pandemie haben global Schwächen in der Pandemiebekämpfung offenbart. In diesem Kontext legte das US-amerikanische Select Subcommittee on the Coronavirus Pandemic einen umfassenden Bericht vor, der aufzeigt, welche Fehler gemacht wurden und wie ähnliche Krisen in Zukunft verhindert werden könnten. Obwohl der Bericht primär auf US-amerikanische Verhältnisse eingeht, sind viele seiner Erkenntnisse auch für die Schweiz von Bedeutung. Dies gilt besonders im Hinblick auf die geplante Teilrevision des Epidemiengesetzes (EpG), die der Bundesrat initiiert hat. Dieser Artikel beleuchtet die zentralen Schwächen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) und des geplanten Pandemieabkommens der WHO, wie sie im Bericht dargestellt werden, und zieht daraus Schlüsse für die Schweiz.

Das Select Subcommittee on the Coronavirus Pandemic (Sonderunterausschusses zur Coronavirus-Pandemie)

Das Select Subcommittee on the Coronavirus Pandemic wurde vom US-Repräsentantenhaus eingerichtet, um die Reaktionen der US-Regierung, internationaler Organisationen und relevanter Akteure auf die COVID-19-Pandemie zu untersuchen. Es analysiert dabei nicht nur die politischen und administrativen Massnahmen, sondern auch wissenschaftliche Grundlagen, Transparenzfragen und die Verwendung von Mitteln. Das Ziel des Gremiums ist es, Schwächen und Versäumnisse aufzudecken, um daraus Lehren für zukünftige Gesundheitskrisen zu ziehen.

Mitglieder des Sonderausschusses umfassen Abgeordnete beider politischer Lager sowie Experten aus Wissenschaft, Medizin und öffentlicher Verwaltung. Der Abschlussbericht fasst die wichtigsten Erkenntnisse aus Interviews, Anhörungen und Analysen zusammen und bietet eine Grundlage für Reformen auf nationaler und internationaler Ebene.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Abschlussberichts

1. Ursprung der Pandemie: Laborthese als plausibelste Erklärung

Der Bericht betont, dass die Laborthese (eine unbeabsichtigte Freisetzung des Virus aus dem Wuhan Institute of Virology) die überzeugendste Erklärung für den Ursprung der Pandemie ist. Wissenschaftliche Daten, z. B. zur ungewöhnlichen furin cleavage site, und die Nähe des Ausbruchsortes zu einem führenden Labor für SARS-CoV-2-Forschung unterstützen diese Theorie.

Der Bericht kritisiert die mangelnde Transparenz der chinesischen Behörden und die unzureichenden Nachforschungen der WHO.

2. Fehlende Rechenschaftspflicht und Schwächen der WHO

Die WHO versäumte es, die chinesische Regierung für Verstösse gegen die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) zur Verantwortung zu ziehen. Artikel 6 und 7 der IGV, die eine sofortige und vollständige Meldung von



Gesundheitsgefahren vorschreiben, wurden missachtet.

Die WHO agierte unter Druck der chinesischen Regierung und veröffentlichte Berichte, die als politisch motiviert und wissenschaftlich unzureichend kritisiert wurden.

3. Pandemieabkommen und die IGV

Das geplante WHO-Pandemieabkommen wird als unzureichend beschrieben, da es die strukturellen Defizite der IGV nicht behebt. Es bietet keine Mechanismen, um Staaten für Regelverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, und ist in seiner aktuellen Form keine Lösung für globale Gesundheitskrisen.

4. Transparenz und Wissenschaftlichkeit

Der Bericht deckt gravierende Mängel in der Wissenschaftskommunikation und politischen Transparenz während der Pandemie auf. Die US-Regierung, internationale Organisationen und Medien sendeten häufig widersprüchliche Botschaften, was zu einem erheblichen Vertrauensverlust in die öffentliche Gesundheit führte.

5. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen

Massnahmen wie Lockdowns und Schulschliessungen hatten erhebliche langfristige Auswirkungen, die teilweise schwerer wogen als die direkten gesundheitlichen Folgen der Pandemie. Besonders in den USA aber auch weltweit entstanden wirtschaftliche Schäden und psychische Belastungen.

6. Fehlerhafte und betrugsanfällige Finanzhilfen

Die Umsetzung von finanziellen Unterstützungsprogrammen war von Betrug, Missmanagement und ineffizienter Verwendung von Mitteln geprägt. Dies gilt nicht nur für die USA, sondern ist ein globales Problem.

7. Versagen nationaler und internationaler Überwachungssysteme

Systeme zur Früherkennung und Überwachung

von Pandemien erwiesen sich als unzureichend. Sowohl nationale als auch internationale Strukturen waren nicht in der Lage, die Ausbreitung des Virus rechtzeitig zu erkennen oder geeignete Massnahmen einzuleiten.

8. Wissenschaftliche Kritik an Pandemiemassnahmen

Der Bericht zeigt, dass viele Massnahmen wie Maskenpflichten, Abstandsregeln und Impfpflicht nicht ausreichend wissenschaftlich fundiert waren. Diese Unsicherheiten führten zu einer Polarisierung der Gesellschaft.

Warum der Abschlussbericht für die Schweiz relevant ist

Obwohl der Bericht primär auf US-amerikanische Verhältnisse eingeht, sind viele seiner Erkenntnisse auch für die Schweiz von Bedeutung. Dies gilt besonders im Hinblick auf die geplante Teilrevision des EpG, die der Bundesrat initiiert hat. Dieser Artikel beleuchtet die zentralen Schwächen der IGV und des geplanten Pandemieabkommens der WHO, wie sie im Bericht dargestellt werden, und zieht daraus Schlüsse für die Schweiz.

Die Schwächen der IGV und des Pandemieabkommens

Der Abschlussbericht kritisiert die ineffiziente Umsetzung der IGV, die als internationales Regelwerk für die Pandemiebekämpfung dienen sollen. Der Bericht hebt hervor, dass die IGV während der COVID-19-Pandemie nicht nur ineffektiv waren, sondern dass die WHO keine Mechanismen hatte, um Mitgliedstaaten, wie beispielsweise China, für Verstöße gegen diese Regeln zur Rechenschaft zu ziehen. Die Volksrepublik China hatte wiederholt gegen die Artikel 6 und 7 der IGV verstossen, indem sie frühzeitig verfügbare Informationen über den Ausbruch des Virus nicht weitergab. Dennoch blieb dies ohne Konsequenzen. Diese Untätigkeit der WHO untergräbt das Vertrauen in internationale Gesundheitsorganisationen und gefährdet die globale Pandemiebekämpfung.



Zudem wird das geplante Pandemieabkommen kritisiert, da dieses die bestehenden Schwächen der IGV nicht adressiert. Der Bericht formuliert es klar (Seite 188):

«The Pandemic Treaty does not address the weaknesses of the IHR. The WHO's refusal to hold the CCP accountable for violating the IHR is a major issue in protecting global public health. Furthermore, there are specific U.S. concerns regarding enactment of any potential Pandemic Treaty. Throughout the ongoing negotiations, there have been questions about the transparency of the negotiations. There have been multiple closed-door negotiations resulting in large edits that are then presented to all Member-States. Further, it is not clear if this treaty will be ratified through the U.S. Senate or not. If the U.S. determines to enact a Pandemic Treaty, it must go through the required Senate approval process. While a new pandemic, prevention, preparedness, and response treaty seems like a good idea in theory, on paper it falls short. The draft does little to address any of the shortfalls revealed in COVID-19. The WHO needs to be an organization that represents and protects the entire world. That requires a system of trust from both the Member-States to report and the WHO to protect, which proved not to be the case during the pandemic.»

Eigene Übersetzung (eigene Hervorhebungen):

«**Der Pandemievertrag behebt nicht die Schwächen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV).** Die Weigerung der WHO, die Kommunistische Partei Chinas (CCP) für Verstösse gegen die IGV zur Verantwortung zu ziehen, ist ein grosses Problem für den Schutz der globalen öffentlichen Gesundheit.

Darüber hinaus gibt es spezifische Bedenken der USA im Hinblick auf die Umsetzung eines möglichen Pandemievertrags. Während der laufenden **Verhandlungen gab es Fragen zur Transparenz der Verhandlungen. Es wurden mehrfach Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt, die zu umfangreichen Änderungen führten, die anschliessend allen Mitgliedsstaaten vorgelegt wurden.** Zudem ist unklar, ob dieser

Vertrag vom US-Senat ratifiziert wird oder nicht. Falls die USA beschliessen, einen Pandemievertrag umzusetzen, **muss dies durch den erforderlichen Senatsgenehmigungsprozess erfolgen.**

Während ein neuer Vertrag zur Prävention, Vorbereitung und Reaktion auf Pandemien in der Theorie wie eine gute Idee erscheinen mag, bleibt er in der Praxis hinter den Erwartungen zurück. Der Entwurf behebt nur unzureichend die durch COVID-19 offenbarten Mängel. Die WHO muss eine Organisation sein, die die gesamte Welt repräsentiert und schützt. **Dies erfordert ein Vertrauenssystem, bei dem sowohl die Mitgliedsstaaten Meldungen machen als auch die WHO Schutz bietet – was während der Pandemie nicht der Fall war.»**

Der Vertrag wird also als unzureichend beschrieben, da er die Versäumnisse der COVID-19-Pandemie nicht korrigiert. Anstatt ein robustes System zu schaffen, das auf Transparenz, Verantwortlichkeit und Wissenschaft basiert, bleibt der Vertrag vage und wird möglicherweise neue Probleme schaffen, anstatt bestehende zu lösen.

Die geplante Teilrevision des EpG im Lichte dieser Erkenntnisse

Am 29. November 2023 eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zur Teilrevision des EpG. Ziel ist es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Bewältigung künftiger Pandemien zu verbessern. Im Mittelpunkt stehen unter anderem die Präzisierung des Eskalationsmodells (normale, besondere und ausserordentliche Lage), die Verstärkung der Überwachungssysteme sowie die Definition von Begriffen wie «besondere Gefährdung der öffentlichen Gesundheit».

Diese Anpassungen erscheinen zunächst sinnvoll, insbesondere wenn man die Herausforderungen der COVID-19-Pandemie betrachtet. Allerdings werfen die Ergebnisse des Abschlussberichts die Frage auf, ob diese Anpassungen tatsächlich notwendig sind oder ob sie auf fehlerhaften internationalen Grundlagen beruhen könnten.



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Kritik an den geplanten Anpassungen

1. Unklare Basis internationaler Vorgaben:

Die geplanten Änderungen des EpG orientieren sich stark an internationalen Empfehlungen wie denen der WHO. Wenn jedoch die WHO selbst keine glaubwürdigen Strukturen und Mechanismen bietet, ist fraglich, ob die Schweiz sich darauf stützen sollte.

2. Gefahr der Zentralisierung:

Eine weitere Präzisierung der Eskalationsmodelle und Kompetenzen könnte zu einer zentraleren Steuerung durch den Bund führen. Während dies in Krisenzeiten Vorteile haben mag, könnten föderale Strukturen, die für die Schweiz typisch sind, darunter leiden. Gerade diese föderalen Ansätze haben jedoch in der Vergangenheit oft dazu beigetragen, dass Entscheidungen näher an den betroffenen Bürgern getroffen wurden.

3. Fehlende wissenschaftliche Basis:

Der Bericht zeigt, dass viele Massnahmen, die während der COVID-19-Pandemie ergriffen wurden, nicht auf soliden wissenschaftlichen Grundlagen beruhten. Dazu gehören etwa übertriebene Lockdowns oder ineffektive Maskenmandate. Es besteht die Gefahr, dass solche Massnahmen durch eine überarbeitete Gesetzgebung zementiert werden.

Fazit: Warum die Teilrevision des EpG nicht notwendig ist

Die Erkenntnisse aus dem Abschlussbericht des Sonderausschusses zeigen, dass strukturelle Schwächen in der internationalen Pandemiebekämpfung existieren, die nicht durch nationale Gesetzesänderungen gelöst werden können. Die geplante Teilrevision des Epidemiengesetzes könnte vielmehr dazu führen, dass die Schweiz sich stärker an internationalen Vorgaben orientiert, die selbst fehlerhaft sind.

Die Schweiz sollte ihre Ressourcen stattdessen darauf verwenden, eigenständige und

wissenschaftlich fundierte Lösungen zu entwickeln. Dabei sollten die Stärken des föderalen Systems genutzt und lokale Kompetenzen gestärkt werden. Eine unnötige Gesetzesrevision würde lediglich dazu führen, dass bekannte Probleme reproduziert werden, ohne die tatsächliche Resilienz gegenüber künftigen Pandemien zu erhöhen.

Schlussgedanke

Der hier zusammengefasste Abschlussbericht liefert der Schweiz wertvolle Erkenntnisse, die bei der Überprüfung nationaler Pandemiepläne berücksichtigt werden sollten. Es liegt an der Schweiz, aus den Fehlern anderer zu lernen und eigene, nachhaltige Wege zu gehen – frei von übermässiger Abhängigkeit von internationalen Organisationen wie der WHO. Nur so kann sichergestellt werden, dass künftige Gesundheitskrisen effizient und bürgernah bewältigt werden.

Baar, 09.12.2024, das Redaktionsteam ABF Schweiz

1) <https://oversight.house.gov/release/final-report-co-vid-select-concludes-2-year-investigation-issues-500-page-final-report-on-lessons-learned-and-the-path-forward/>

Unterstützen Sie uns

Spenden Sie jetzt. Wir danken Ihnen dafür. Ergreifen Sie die Chance, sich heute für die Freiheit der Schweiz und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit einzusetzen.

Sie können direkt auf unser Konto einzahlen:

IBAN CH67 0078 7786 2786 2368 0
Konto-Nr. 78.627.862.368.0

Lautend auf Aktionsbündnis freie Schweiz
(ABF Schweiz), 6340 Baar

Betreff/Referenz ABF Schweiz